

Auf der Suche nach dem Neuanfang

Innenpolitische Konflikte und Erinnerungskultur in der Nachkriegszeit

Marc Schoentgen

Einleitung

Hatten die Unabhängigkeitsfeiern des Jahres 1939 im kleinen Großherzogtum schon unter den dunklen Vorzeichen des sich ankündigenden Krieges gestanden, so waren die Feierlichkeiten, die nach der Befreiung des Landes von der nationalsozialistischen Terrorbesatzung zahlreich stattfanden, ein lebhafter Ausdruck nationalen Jubels und patriotischen Wir-Gefühls. Die Stimmung während der Tage der Befreiung durch die amerikanischen Truppen wurde nur getrübt durch die Auswüchse gegen Kollaborateure und Mitläufer, die den während vier Jahren aufgestauten Hass zu spüren bekamen. Die Behörden brachten die Situation jedoch rasch unter Kontrolle und nachdem die Ardennenoffensive über das Land gezogen war, begann die Zeit der moralischen und materiellen Rekonstruktion, die schließlich die Jahre des faktischen Ausnahmezustandes beendete und zur Normalisierung des Alltags führen sollte.

Im April 1945 kehrte das Staatsoberhaupt Großherzogin Charlotte zurück, ein Ereignis, das gewissermaßen eine

ganze Serie patriotischer Feierlichkeiten einläutete, die 1946 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte.

Schien während vier Jahren ein Großteil der Bevölkerung des Großherzogtums nach außen geeint in Widerstand gegen Nazi-Deutschland und in Ablehnung der Besatzungsmacht, so taten sich nach 1944/45 gleich an mehreren Stellen in der Luxemburger Gesellschaft Brüche auf.

Die allgemeine Freude über das Ende des Krieges und der Unterdrückung konnte die Tatsache nicht übertünchen, dass vielfach keine Feierstimmung aufkommen konnte, denn zu tief waren die Wunden, die der Krieg in Luxemburg hinterlassen hatte. Viele Familien hatten den Verlust ihrer Väter und Söhne zu beklagen, der *lost generation* hatte man in Wehrmacht, Gefängnis oder Konzentrationslager die Jugend gestohlen. Daneben gab es aber auch die so genannten *inciviques*, die Verräter, Mitläufer und Profiteure, die nun die Konsequenzen ihres unpatriotischen Verhaltens befürchteten.

Schien während vier Jahren ein Großteil der Bevölkerung des Großherzogtums nach außen geeint in Widerstand gegen Nazi-Deutschland und in Ablehnung der Besatzungsmacht, so taten sich nach 1944/45 gleich an mehreren Stellen in der Luxemburger Gesellschaft Brüche auf. Der Versuch der Reinigung (*Épuration*) einer ganzen Gesellschaft vom Makel des Verrats, belastete Politik und Gesellschaft schon seit September 1944 und zeugte von der Hilfslosigkeit der Verantwortlichen in Politik und Justiz angesichts tausender von ungeklärten Fällen. Auch innerhalb der Organisationen des Widerstands, war dieser Verlust der Einigkeit deutlich zu spüren, der im Rahmen der öffentlichen Erinnerungskultur am sichtbarsten werden sollte.

Versuch eines politischen Neuanfangs

Nach Ende des Krieges hofften viele auf eine rasche Normalisierung des öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens, die allerdings länger brauchte als erhofft. Das Bild nationaler Einheit wurde bald von parteipolitischen Spannungen getrübt und die Vorkriegskoalition von Konservativen und Arbeiterpartei zeigte schon in der Endphase des Exils erste Risse.

Die Exilregierung sah sich nach ihrer Rückkehr aus London heftiger Kritik ausgesetzt: In erster Linie waren es die Vertreter der so genannten „Resistenz“, d.h. des mehr oder weniger organisierten Widerstandes, die sich daran störten, dass die etablierten Vorkriegspolitiker nach Luxemburg zurückkehrten und ihre Regierungsgeschäfte weiterführen wollten wie bisher. Die Legitimität der von Pierre Dupong geführten Regierungsmannschaft wurde nun stark in Zweifel gezogen, da sie Monate lang ohne Parlament beziehungsweise nur mit einer pseudo-parlamentarischen *Assemblée consultative* (A.C.) regierte und die Interessen des Widerstands nicht ausreichend in Betracht gezogen hatte. Die A.C. war im März 1945 einberufen. Bei den bis August dauernden Beratungsversammlungen fanden sich sowohl Abgeordnete als auch eine Reihe von Politikneulingen zusammen, die allesamt eine einwandfreie politische Gesinnung und patriotische Vergangenheit aufweisen konnten. Angesichts der materiellen Unmöglichkeit, im teilweise zerstörten Land sofortige Neuwahlen anberaumen zu lassen, war die Einberufung der *Assemblée consultative* sowie die Ernennung von Männern in die Regierung (Regierungserweiterung) ein geschickter Schachzug, um der politischen Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die zum Teil stark politisierten ehemaligen Widerstandsgruppen – deren eigentliches Ziel, nämlich die Befreiung des Landes, eigentlich erreicht worden war – bildeten seit Kriegsende eine Art außerparlamentarischer Opposition. Zu ihnen zählte beispielsweise der Lehrer Albert Wingert, der die antifaschistische Widerstandszelle *ALWERAJE* gegründet hatte. Wingert, der seine politischen Überzeugungen mit längerer KZ-Haft bezahlt hatte, blieb einer der hartnäckigsten Kritiker, der selbst nach den ersten Nachkriegswahlen vom Oktober 1945, die in eine Allparteienregierung der „Nationalen Union“ mündeten, nicht verstummte und die Parteien mitsamt ihren etablierten Politikern attackierte. Nach seiner Verhaftung im Zusammenhang mit abstrusen Putschgerüchten des Jahres 1946, gab er die vormalige Untergrundzeitung *Ons Zeidong* neu heraus, um hart mit den luxemburger Nachkriegsverhältnissen ins Gericht zu gehen, aber auch um nicht minder unnachgiebig mit den Resistenz-

organisationen, vor allem der *Unio'n* abzurechnen.¹

Eine der brennenden Themen in den ersten Nachkriegsmonaten war die leidige Epurationsfrage, in der die Meinungen stark differierten. Für die einen konnte man nicht schnell und nicht gründlich genug mit den Kollaborateuren abrechnen, für die anderen ging es hauptsächlich darum, die „Großen“ zur Rechenschaft zu ziehen und bei den kleinen Mitläufern doch eher Gnade vor Recht ergehen zu lassen.

**Dass es schon bald nach
Kriegsende und spätestens seit
Ende der 1940er Jahre die viel
beschworene Einheit nicht mehr
gab, zeigt sich an der Pluralität
von Formen und Orten
der Erinnerung.**

Diese Debatten reichten bis in die großen politischen Parteien hinein. Es gab in den linken und konservativen Vorkriegsparteien eine gewisse Ratlosigkeit, was den Umgang mit den Funktionären und Mitgliedern anbelangte, die sich in den Jahren 1940-1944 kompromittiert hatten. Bereits Ende 1944 versuchte die sozialistische Arbeiterpartei mit einer Fragebogenaktion, Aufklärung über das politische Verhalten von Parteimandatären zu erhalten. Lediglich in zwei Fällen gab es parteiinterne Sanktionen. Darüber hinaus hatten sich zwei Vorkriegsabgeordnete durch ihre Einstellung ins Abseits manövriert und wurden nach dem Krieg von der Partei kaltgestellt. Welche Ergebnisse die Säuberungsaktion unter den einfachen Mitgliedern ergab, ist nicht bekannt, aber es ist anzunehmen, dass sich politisch Belastete ohnehin nicht mehr bei der Partei meldeten. In der 1944 neu gegründeten CSV vertrat Staatsminister Dupong die Auffassung, die Partei bis auf wenige Ausnahmen für alle zu öffnen, die mit den Grundsätzen der CSV übereinstimmten: « dans ce parti rénové il entendait écarter seulement ceux qui étaient heillos compromis par l'occupation », während andere für eine ernsthafte *Épuration* eintraten, um der 1944 auf den Ruinen der Rechtspartei entstandenen Partei eine gesunde Basis zu verschaffen. Zu einer regelrechten Reinigung sollte es innerhalb der CSV nicht kommen.

Mit dem Wiederauftauchen der konservativen Partei und der sozialistischen Arbeiterpartei hatte sich die Parteienlandschaft der Vorkriegszeit auf den ersten Blick kaum geändert. Allerdings entwickelte sich die *Unio'n* als politische Sammelbewegung zu einer Konkurrenz für die etablierten Vorkriegsparteien. Es gab zwar zaghafte Kontakte und Sondierungsgespräche zwischen der *Unio'n* und den großen Parteien, aber es stellte sich rasch heraus, dass sich aus dem Dunstkreis dieser Resistenzorganisation eine neue politische Kraft etablieren würde, welche die liberale Partei beerben könnte.

Der politische Neuanfang im befreiten Luxemburg war auch deshalb alles andere als einfach, weil offensichtlich weite Teile der Bevölkerung ein gewisses Misstrauen gegenüber den Parteien hegten. Bedingt war diese Parteienmüdigkeit zum Teil durch die politischen Auseinandersetzungen aus der Vorkriegszeit, aber sicherlich auch durch die Erfahrung des Krieges. In manchen Köpfen geisterte gar der Traum eines parteilosen Staates, so schrieb François Delvaux im Jahre 1945: „Wir müssen in Zukunft ein zusammenhängendes Volk bilden, losgelöst von allem vergifteten Parteienhaß. Das ist für uns der einzige Weg, um stark zu bleiben und in der Gemeinschaft der Völkerschaften Europas einen geachteten Platz einnehmen zu können.“

Die Christlich-Soziale Volkspartei CSV, als Erbe der Rechtspartei, sah sich mehr als alle anderen politischen Gruppierungen als Garant für die Unabhängigkeit des Landes, ohne das vorbildhafte Verhalten konservativer Politiker hätten die Luxemburger die Belastungsprobe des Naziregimes nicht bestanden. So galt der Entschluss der von Dupong geführten Regierung, 1940 das Land zu verlassen, als eine historische Entscheidung. Offensichtlich bemühte sich die CSV um eine möglichst positive Darstellung und Interpretation der Kriegesereignisse. Dem Vorwurf aus Widerstandskreisen etwa, die Regierung hätte das luxemburger Volk im Mai 1940 im Stich gelassen, setzte das *Luxemburger Wort* die Erklärung entgegen, es sei am besagten 10. Mai keineswegs eine überstürzte Flucht gewesen, sondern eine wohlüberlegte Entscheidung, die Staatsminister Dupong später als „Auftakt zur Resistenz des luxemburger Volkes“ interpretierte.

Die neu gegründete CSV musste sich nicht nur gegen Vorwürfe aus dem linken Lager zur Wehr setzen, auch innerhalb der Partei gab es anfangs großen Dissens. So gab es 1945 noch ernstzunehmende Auseinandersetzungen zwischen den nach Deutschland deportierten oder umgesiedelten Rechtsparteilern und den Politikern der Exilregierung. Hauptstreitpunkt war offensichtlich die Frage der *Épuration*, in der die CSV zunächst eine relativ unnachgiebige Haltung einnahm. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen zwischen « ceux de Londres » und « ceux qui venaient de rentrer de l'Allemagne » sollten sich nach kurzer Zeit wieder legen.

Inszenierung der Erinnerung

Dass es schon bald nach Kriegsende und spätestens seit Ende der 1940er Jahre die viel beschworene Einheit nicht mehr gab, zeigt sich an der Pluralität von Formen und Orten der Erinnerung. Es waren für ein kleines Land und eine kleine Nation verständlicherweise gerade die bitteren Erfahrungen und blutigen Ereignisse der Besatzungszeit, die in der „kollektiven“ Erinnerung – oder sollte man sagen: in der öffentlich zelebrierten und organisierten Erinnerungskultur – schon recht früh einen festen Platz einnahmen. In den 1950er Jahren hatten sich Orte und Ablauf der Erinnerungsfeiern fest zementiert: die Veteranen des 1. und 2. Weltkrieges versammelten sich am *Monument du Souvenir*, das seit seiner Zerstörung bis in die 1980er Jahre ein Torso blieb, für die Vertreter des Widerstands sollte das *Musée de la Résistance* ein zentraler Ort werden, während sich die ehemaligen politischen KZ-Häftlinge zu Gedenkfeiern am so genannten „Hinzerter Kreuz“ trafen. Eine zentrale Gedenkstätte gab es indes bis zur Errichtung des *Monument de la Solidarité* im Jahre 1971 nicht.

Gescheitert war gleichfalls die Etablierung eines gemeinsamen Gedenktages. Seit 1946 hielt das Land zwar die *Journée de Commémoration Nationale* ab, die bis heute ohne großen Aufwand und ohne militärischen Pomp aufgezogen wird. Aus der Not der Zeit heraus entschied sich die Regierung, diesen Tag nationalen Gedenkens immer auf einen Sonntag im Oktober zu verlegen. Andere Feier- und Gedenktage standen in den folgenden Jahrzehnten im Schatten der *Journée de Commémoration*. Pikanter-

weise wählte man ein Ereignis aus der Besatzungszeit, das eigentlich nie stattgefunden hatte, denn die Nazis hatten die angekündigte Volkszählung, die unverhohlen politische Fragen enthielt, vor dem Stichdatum des 10. Oktobers 1941 abblasen lassen, da Stichproben eine klare Niederlage für die Zivilverwaltung ergaben.

Die Entscheidung von 1946, den 10. Oktober als zentralen Gedenktag einzuführen, war politisch eine kluge Entscheidung, denn die Personenstandsaufnahme war kein Akt offenen Widerstandes gewesen, sondern Ausdruck eines passiven Widerstandes, mit dem sich die meisten Luxemburger wohl am ehesten identifizieren konnten. Die Mehrheit der Luxemburger hatte sich in den Besatzungsjahren unter den gegebenen Umständen nur passiv zur Wehr setzen können, während der offene Widerstand oder der Kampf mit Flugblatt oder Waffe gegen die Nazis die Sache einer zahlenmäßig kleinen Gruppe blieb. Viele interpretierten die „Personenstandsaufnahme“ später als ein Referendum, das damit implizit in einer Linie mit dem Referendum von 1919 gesehen werden konnte. Die „Personenstandsaufnahme“ von 1941 wurde damit wie der Streik von 1942 regelrecht zu einer Chiffre

des Widerstandswillens der gesamten Bevölkerung.

Die Schaffung eines einheitlichen nationalen Gedenktages – der in der Hauptstadt und in den einzelnen Gemeinden abgehalten wurde – verhinderte aber nicht, dass parallel beziehungsweise komplementär dazu Veranstaltungen stattfanden, die nicht von „oben“ organisiert wurden, sondern auf Initiative von Überlebenden- und Veteranenorganisationen stattfanden, die sich bald nach Kriegsende in großer Zahl konstituiert hatten und jeweils „ihre“ Fackeln im Sturm des Vergessens hochhielten. Hatte es beispielsweise am 1. September 1945 noch bedeutende Erinnerungsfeiern zum 3. Jahrestag der Streikbewegung von 1942 gegeben, so verlor dieser Gedenktag schon rasch seine nationale Bedeutung und wurde in der Folge nur noch auf lokaler beziehungsweise kommunaler Ebene begangen. Ähnlich stiefmütterlich behandelte man den 10. September, den Tag der Befreiung, der es – abgesehen von runden Jubiläen wie 1954 – nie in den Reigen der großen nationalen Gedenktage schaffte. Obwohl oder vielleicht gerade weil es viele Feiern an unterschiedlichen Orten gab, erlahmte das Publikumsinteresse an diesen hochoffiziellen Veranstaltungen.



gen schon in den frühen 1950er Jahren. Das offizielle Luxemburg hatte nach 1945 eine Tradition des Feierns und Gedenkens ins Leben gerufen, das an die Zeremonien des Jahres 1939 anknüpfen konnte und sicherlich dazu beitrug, in der ersten Nachkriegszeit ein gewisses Wir-Gefühl zu erzeugen beziehungsweise zu erhalten, das während vier Jahren so stark gelitten hatte. Aber es zeigte sich, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung schnell wieder den Sorgen des Alltags und den Freuden der Wohlstandsgesellschaft zuwandte, was den Blick auf die jüngste Vergangenheit trübte.

Widerstandsbewegungen in der Nachkriegszeit

Die Nachkriegsgeschichte der luxemburgischen Resistenz beginnt im September 1944, als das Großherzogtum durch amerikanische Truppen befreit wurde. Die Zeit der illegalen Untergrundaktivitäten war nun vorbei, aber es herrschte tage- und wochenlang ein großes Durcheinander: der Krieg war noch nicht zu Ende, es gab Ausschreitungen gegen Kollaborateure und wilde Festnahmen. Regierung und Großherzogin waren noch im Exil, die Verwaltungen und Sicherheitskräfte funktionierten schlecht oder gar nicht. In den ersten Wochen bestand somit ein regelrechtes Machtvakuum, so dass die *Unio'n*, der 1944 erfolgte lockere Zusammenschluss verschiedener Widerstandsbewegungen, in dieser Übergangszeit regelrecht hoheitliche Aufgaben übernehmen konnte. Die *Unio'n* sorgte für Ruhe und Ordnung, verhaftete tausende von Kollaborateuren, organisierte die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln und half den alliierten Truppen weiter.

Als Ende September 1944 die Regierung zurückkehrte, war die Zeit des Interregnums definitiv vorbei. Für viele waren die Aufgaben der *Unio'n* nun erledigt und man erwartete, dass die Widerstandskämpfer wieder in ihr altes Leben zurücktreten würden. Wider Erwarten gaben sich manche Resistenzler, unter ihnen viele *Unio'ns*-Aktivisten, damit nicht zufrieden, sondern hofften, jetzt eine politische Rolle spielen zu können. Sie, die ihr Leben im Kampf gegen den verhassten Besatzer aufs Spiel gesetzt hatten, erwarteten, nun aktiv am inneren Neuaufbau beteiligt zu werden und die während des Krieges entwickelten politischen Ziele jetzt verwirklichen zu

können. So veröffentlichte die *Unio'n* 1944 ein politisches Programm, das in Teilen dem Nachkriegsprogramm der *Letzeburger Vollékslegio'n* LVL entsprach. Aber die meisten Zukunftsentwürfe blieben Makulatur, so die heftig diskutierte Reparations- und Annexionsfrage, die rasch ins Reich der politischen Phantasie verwiesen werden musste.

Die politischen Ambitionen der Resistenzler der *Unio'n* stießen freilich nicht überall auf Zustimmung und der Widerstand bot der Öffentlichkeit ein eher zerstrittenes Bild.

Die *Unio'n* sah sich also moralisch legitimiert und verlangte im Oktober 1944 auf recht forsche Weise von der Regierung in allen wichtigen Fragen zu Rate gezogen zu werden, was von Premierminister Dupong zunächst abgelehnt wurde. Allerdings musste die unter Beschuss geratene Regierung Entgegenkommen zeigen, indem einige Vertreter des Widerstands in die *Assemblée consultative* berufen wurden. Bereits im November 1944 hatte man ein Sondergericht ins Leben gerufen, das die Kriegsverbrechen untersuchen sollte. Als Laienrichter waren zwei Vertreter der Resistenz vorgesehen, davon durfte einer von der *Unio'n* vorgeschlagen werden. Darüber hinaus gab die *Unio'n* zwei Wochenzeitungen heraus, *D'Hémécht* und *D'Unio'n*, so dass man über eine zeitweise viel gelesene publizistische Waffe verfügte. Auch zahlenmäßig war die *Union des mouvements de Résistance* ein nicht zu unterschätzender Faktor, denn nach eigenen Angaben gruppierte sie 15 000 bis 20 000 Luxemburger.

Die politischen Ambitionen der Resistenzler der *Unio'n* stießen freilich nicht überall auf Zustimmung und der Widerstand bot der Öffentlichkeit ein eher zerstrittenes Bild.

So schien es in den ersten Monaten nach der Befreiung gar eine Art Schulterschluss zwischen *Unio'n* und Kommunisten zu geben, dies vermutlich um den Druck auf die Regierung zu verstärken. Noch im März 1945 betonte der KP-Generalsekretär die Gemeinsamkeiten beider Lager: „Was der großen Mehrheit der Mitglieder und Militanten der *Unio'n* und unserer Partei gemeinsam

ist, das ist die Liebe zur Heimat und zur Freiheit, der Hass gegen Nazigefahr und die nationale Unterdrückung.“ Aber das Zweckbündnis war nicht von Dauer, und schon bald wurden im linken Lager Vorwürfe laut, in denen man die *Unio'n* als reaktionäre und korporatistische Vereinigung bezeichnete, in der es sogar fremdenfeindliche Strömungen gebe.

Auch von anderen Seiten hagelte es Kritik: In einem Flugblatt (Frühjahr 1945), überschrieben *Patriotisme oder Politik*, brachte die Widerstandsorganisation *PI-MEN* die Malaise zum Ausdruck. Es gebe im Widerstand zahlreiche Mitläufer, die ihr patriotisches Herz erst nach der Befreiung entdeckt hätten. Profiteure, Spekulanten und sogar ehemalige Kollaborateure hätten sich aus durchsichtigen Gründen die Armbinde der Resistenz übergestreift, so lauteten hier die Vorwürfe. Den politischen Ambitionen der *Unio'n* erteilte man eine deutliche Absage. Jeder solle – so der Aufruf –, nun gefälligst zu seiner politischen Partei zurückkehren und es sei eigentlich überflüssig, eine neue Partei zu gründen.

Albert Wingert beklagte sich 1947 über die *Unio'n* und erinnerte an die korporatistischen Ideen, die während des Krieges in vielen Resistenzlerköpfen herumgespuht hatten: „Wât ass mat der *Unio'n* geschitt? Dât, wat mer leider net verhenneere konnten. Eng Partei, de' mat de Chreschtlech-sozialen e chreschtlech-sozialen Staat oprichte wellen. Am Krich ko'me se scho mat déer Idee...“ Zu dieser Zeit hatte die *Unio'n* längst ihren Kampf gegen die Regierung aufgegeben und war über das *Groupement* in die politische Verantwortung genommen worden. Die Abneigung Wingerts hatte freilich auch persönliche Gründe; er war 1946 verhaftet worden, als absurde Putschgerüchte das Großherzogtum aufschreckten, und *Unio'n* und *L.P.P.D.* – deren Mitglied er war – hatten ihn fallenlassen. Dieser Fall verdeutlicht, wie wenig noch von der angeblichen Solidarität der Resistenz übrig war.

Das Bild, das die Widerstandsbewegungen nach 1945 abgab, war nicht das einer geschlossenen Einheitsfront. Zu tief waren die politischen Gräben und zu vielfältig die Zukunftsvisionen. Diese Feststellung ist nicht erstaunlich, denn schon während des Krieges gab es eigentlich keine geeinte Resistenz. Die einzelnen Organisationen kamen aus unterschiedlichen politischen Lagern,

hatten oft bestimmte regionale oder soziale Wurzeln. Der Schulterschluss zu einer größeren Einheitsorganisation erfolgte erst relativ spät. Nachdem das gemeinsame Ziel, nämlich die Befreiung des Landes von der Nazi Herrschaft, verwirklicht worden war, fehlte den Widerstandsgruppen die gemeinsame Basis, um im Nachkriegsluxemburg noch eine gemeinsame Sprache zu finden. Die Mehrzahl der Luxemburger empfand Dank und Anerkennung für die Leistungen der Widerstandskämpfer, aber erwartete wohl nichts anderes als eine baldige Rückkehr zur Normalität. Die Trümmer mussten beiseite geräumt und der Wiederaufbau angepackt werden, so dass für die oft kleinlichen Querelen nur begrenztes Verständnis vorhanden war.

Insgesamt lässt sich also feststellen, dass die Eigendynamik der Resistenzbewegung nicht besonders lange anhielt und ihre disparaten Kräfte rasch in ruhigere Bahnen gelenkt wurden. Die Schaffung einer *Assemblée consultative* und die Neugründung der etablierten politischen Parteien, dann demokratische Neuwahlen und die Bildung einer Regierung der Nationalen Union trugen wesentlich dazu bei, das innenpolitische Klima zu beruhigen. Das zunächst harte Vorgehen der Justiz und der so genannten Epurationskommissionen gegen Kriegsverbrecher, Kollaborateure und Mitläufer stellte sicherlich viele Opfer und Gegner des Nationalsozialismus zufrieden, denn die Bestrafung der *Gielemännercher* war schließlich eine der wichtigen Forderungen der Resistenz gewesen.

Aber auch wenn von den hochgesteckten politischen Ambitionen der Resistenz kaum etwas übrig zu bleiben schien, da sich die ehemaligen Widerstandskämpfer entweder ganz aus der Politik zurückzogen oder sich ganz unterschiedlichen Parteien anschlossen, so bedeutete dies keineswegs, dass die Resistenzler vollständig von der Bildfläche verschwanden; sie verstanden es vielmehr, sich in Verbänden zu organisieren, um nun nach Kriegsende ihre legitimen Interessen zu vertreten. Dazu gehörten sowohl die Forderung nach moralischer wie materieller Anerkennung, wie auch der Kampf gegen das Vergessen. Es gab schließlich Dutzende von Vereinen, die auf den ersten Blick nur noch wenige Gemeinsamkeiten hatten, doch alle waren durch ein gemeinsames Ziel verbunden, nämlich die Erinnerung an

den Krieg sowie ihre persönlichen Leistungen wach zu halten und vor allem den Nachgeborenen ihre Interpretation der Ereignisse des Krieges zu vermitteln. Dies geschah auf vielerlei Weise, sei es durch die Initiative zur Errichtung von Denkmälern oder Erinnerungsstätten, die Publikation von Erinnerungsliteratur und Erlebnisberichten oder die Teilnahme an der Vielzahl patriotischer Feiern, die regelmäßig stattfanden.

Einig schienen sich die Vertreter des Widerstandes nie, [...] zu vielfältig waren die politischen Hintergründe, zu gegensätzlich die damit verbundenen Ideale und zu widersprüchlich die Nachkriegsplanungen.

Insgesamt lässt sich aber auch feststellen, dass die Grabenkämpfe aus Besatzungs- und Nachkriegszeit in den Reihen der Überlebenden weiter ausgefochten wurden. In den 1960er Jahren beispielsweise erlebte die Auseinandersetzung zwischen ehemaligen Resistenzlern und den Zwangsrekrutierten einen traurigen Höhepunkt. Verbittert und hartnäckig zugleich kämpften letztere für ihre moralische und materielle Anerkennung und vor allem für die offizielle Gleichstellung mit den anderen Opfergruppen. Die *Enrôlés de Force* konnten nicht akzeptieren, dass sie von manchen als Patrioten 2. Klasse gesehen wurden. Das gegenseitige Aufrechnen von Gesinnung und Leiden vertiefte die Gräben zwischen den einzelnen Gruppen, die auch in den Folgejahren nicht wirklich überwunden wurden.

Fazit

Die im Kampf gegen den nationalsozialistischen Aggressor und Besatzer geeinte „Resistenz“ eines ganzen Volkes war jahrzehntelang Teil eines geschönten Geschichtsbildes, da es einerseits die dunklen Seiten der Kriegsjahre verdeckte, auf der anderen Seite aber auch den Blick auf die Disparität der Widerstandsgruppen, Resistenzzellen und Formen von Oppositionstätigkeit versperrte.

Einig schienen sich die Vertreter des Widerstandes nie, sieht man einmal vom gemeinsamen Gegner – nämlich Hitler-Deutschland – ab, zu vielfältig

waren die politischen Hintergründe, zu gegensätzlich die damit verbundenen Ideale und zu widersprüchlich die Nachkriegsplanungen. Geeint waren die Resistenzorganisationen schließlich nur kurze Zeit: in den letzten Monaten der Besatzungszeit kam es zur Gründung der dem Namen nach wohlklingenden *Unio'n*, die für kurze Zeit eine gewisse Rolle im öffentlichen und politischen Leben Luxemburgs spielen durfte, um nur wenig später in Zuge der Normalisierung des politischen und wirtschaftlichen Lebens auseinander zu brechen und als eine von vielen Überlebenden- und Kameradschaftsorganisationen ein Schattendasein zu fristen.

Die Politik ihrerseits war zunächst damit beschäftigt, die Trümmer der Besatzungsjahre zu sichten und wegzuräumen, wirkte gleichzeitig ziemlich hilflos angesichts der von ungestümen Widerstandskämpfern angeheizten innenpolitischen Spannungen. Um alte und neue Wunden nicht noch tiefer aufzureißen, flüchtete man sich dann in einen offiziellen Erinnerungskult: pompöse Feiern, feierliche Proklamationen, Errichten von nationalen und lokalen Denkmälern sollten helfen, die Bruchstellen in der Gesellschaft zu übertünchen. Bis heute hält der Dissens der Opfer an, wie sich an der Gründung eines *Centre de Documentation et de Recherche sur la Résistance* zeigt, dem vor kurzem ein *Centre de Documentation et de Recherche sur l'enrôlement de force* an die Seite gestellt bekommen hat. Als gebe es immer noch zweierlei Opfer eines Krieges dessen Ende zum 60. Male in Stadt und Land gedacht wurde.

¹ Marc Limpach/Marc Kayser: Albert Wingert. Fallstudie über Ursprung und Beweggründe antifaschistischen Widerstands, in: *Les courants politiques et la Résistance : Continuités ou ruptures ?*, S. 406-436.

Literaturhinweise

Marc Limpach/Marc Kayser: Albert Wingert. Fallstudie über Ursprung und Beweggründe antifaschistischen Widerstands, in: *Les courants politiques et la Résistance : Continuités ou ruptures ?*, Luxemburg 2003, S. 406-436

Marc Schoentgen: Zwischen Erinnern und Vergessen. Das Gedenken an den Zweiten Weltkrieg in den 1950er Jahren, in: Claude Wey (Hg.), *Le Luxembourg des années 50*, Luxemburg 1999, S. 265-294

Ders.: Die Resistenzorganisationen in Luxemburg nach dem 2. Weltkrieg, in: *Les courants politiques et la Résistance*, S. 519-551